Dolomiten, 14.01.05

Spanien steht vor Zerreißprobe

Separatistische Bestrebungen erster Schritt in die Unabhängigkeit?

Madrid/Bozen - Am 30. Dezember hat das baskische Regionalparlament den Vorschlag einer weitestgehenden Autonomie in Form eines Freistaates mit nur mehr sehr loser Anbindung an Spanien beschlossen. Sowohl die spanische Regierung als auch die Opposition sind gegen diese separatistischen Bestrebungen. Die baskische Bevölkerung ist gespalten.

Von Dolomiten-Mitarbeiter
Günther Rautz,
Europäische Akademie.

Der Plan Ibarretxe, benannt nach dem baskischen Regierungschef, sieht einen baskischen Freistaat vor. Zusätzlich zu der bestehenden Autonomie, die bereits jetzt eine eigene baskische Polizei mit einschließt, soll das Baskenland künftig eine eigene Gerichtsbarkeit und eigenständige Vertretungen bei Internationalen Organisation, wie auch der EU bekommen. Beim spanischen Staat sollten nur mehr wenige Kompetenzen wie das Militär verbleiben.

Gegen diesen Beschluss des baskischen Parlaments bildete sich in den letzten Tagen eine breite Front der Ablehnung in Spanien. Besonders die spanische PP (Volkspartei), die schon

Das *baskische Parlament stimmte für weitestgehende Autonomie.* Foto: APA/EFE

unter ihrem ehemaligen Premierminister Aznar eine sehr kompromisslose Politik gegenüber den Forderungen aus dem Baskenland betrieben hat, fürchtet um die Staatseinheit. Sein Nachfolger, der Oppositionsführer Rajoy, sieht keinen Verhandlungsspielraum und fordert eine sofortige Klage beim Verfassungsgerichtshof.

Sogar die spanische Bischofskonferenz kritisierte den Plan. Die Bevölkerung des Baskenlands dagegen scheint gespalten zu sein. Je nachdem welchen Umfragen man Glauben schenken soll und wie die Fragestellung lautet, sind 78 Prozent der Basken für und nur 7 Prozent gegen ein Referendum über den Plan. Anderen Umfragen zufolge, sprechen sich 34,2 Prozent für den Plan und 36,1 Prozent gegen den Plan aus.

Zapatero gesprächsbereit

Der sozialistische Regierungschef Jose Luis Rodriguez Zapatero (PSOE) sieht keine Möglichkeit für den Plan, da er sich außerhalb der spanischen Verfassung bewegt. Trotzdem signalisiert er einen weicheren Kurs, als die Opposition es verlangt. So hat er gestern den baskischen Regierungschef Ibarretxe im Moncloa Palast in Madrid empfangen. Diese Gespräche seien keine Verhandlungen, betont Zapatero. Der Plan solle zurückgezogen werden, weil er nur negative Folgen auf das Zusammenleben im Baskenland hätte. Für die Opposition, reicht das Treffen schon, um ihn zum Vaterlandsverräter abzustempeln.

Der Beschluss im baskischen Parlament konnte nur mittels der Zustimmung von Abgeordneten der 2003 verbotenen Partei Batasuna, die als politischer Arm der ETA gilt, gefasst werden. Die derzeit in ihrer Schlagkraft geschwächte ETA trägt damit zu einer gewissen Destabilisierung Spaniens bei.

Rein formal wird das Parlament in Madrid den baskischen Parlamentsbeschluss im März mit der Mehrheit der Regierungs- und Oppositionsparteien ablehnen. Aber damit wird die Causa nicht ad acta gelegt werden können. Immerhin handelt es sich um einen Mehrheitsbeschluss des baskischen Parlaments. Ibarretxe sieht darin ein legitimes Mandat, um mit Madrid zu verhandeln.

Zapatero dagegen sieht die Staatseinheit durch die Forderung der Basken nicht gefährdet, obwohl der Plan auch Vorbildwirkung für Katalonien oder Galicien haben könnte. Er signalisiert ganz staatsmännisch durchaus Reformwillen und eine Ausweitung der baskischen Autonomie, was allerdings nicht bis zu einer defacto Unabhängigkeit führen könnte. Wind aus den Segeln der Separatisten würde auch eine Ablöse Ibarretxe' nach den baskischen Wahlen im März nehmen.